Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 24. Februar 1879. Nr. 92.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 22. Februar.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bülow, v. Philippsborn.

Vom Reichskanzler ist der Vertrag mit Oesterreich wegen Aufhebung des Art. V. des Prager Friedens zur Kenntnißnahme eingegangen.

Tagesordnung:

I. Fortsetzung der ersten und zweiten Berathung des Handels-Vertrages mit Oesterreich-Ungarn.

Abg. Oechelhäuser (Dessau) bestreitet, daß die gegenwärtige Krisis auf industriellem Gebiete ihre Ursache in den Handelsverträgen habe; mit diesen stehe sie in keiner Beziehung. Es sei daher mehr als gewagt, einen solchen Sprung auf handelspolitischem Gebiete zu machen, wie gegenwärtig beabsichtigt werde. Solche Zeit, wie die heutige, sei am wenigsten geeignet zu einer grundsätzlichen Reform unserer ganzen wirthschaftlichen Gesetzgebung, sie sei nicht geeignet, sie zur Grundlage künftiger normaler Zustände machen zu wollen. Wenn man die gegenwärtige Krisis den Handelsverträgen zuschreibe, so übernehme man gewissermaßen auch die Verpflichtung, durch handelspolitische Maßnahmen die jetzige Noth unserer Industrie hemmen zu können. Das sei aber unmöglich. Man sei deshalb dem Lande Offenheit schuldig, man müsse dem Lande sagen, daß die traurigen Zustände ganz andere Ursachen haben, als unsere Handelsverträge. Was speziell den Handelsvertrag mit Oesterreich anlangt, so seien die Gegenstände, die von Oesterreich bei uns eingeführt werden, solcher Natur, daß eine Zollerhöhung nur uns allein schaden könnte. Unser ganzes Zollsystem aber nur zu dem Zwecke ändern, um einige Zugeständnisse von Oesterreich zu erlangen, das hieße doch mit Kanonen nach Sperlingen schießen wollen. Redner wendet sich sodann zu dem Zollprogramm des Reichskanzlers und bekämpft dasselbe, insoweit dasselbe alle Zollgebiete umfaßt. Mit der Erhöhung der Finanzzölle, insofern dieselben geeignet sind, eine Entlastung der ärmeren Klassen von den direkten Steuern herbeizuführen, erklärte er sich dagegen einverstanden. Er habe sich gefreut, als der Reichskanzler dieses Prinzip aufgestellt. Redner erklärt sich namentlich mit Rücksicht auf die Grenzdistrikte auf Beseitigung aller Zölle, soweit sie nicht unbedingt nothwendig sind. Auch im Interesse unseres Exportwesens wäre die Einführung einer allgemeinen Zollpflichtigkeit tief zu bedauern. Sobald die inländische Produktion vertheuert werde, mache man unsere Industrie exportunfähig. Er hofft deshalb, daß der Reichskanzler zur Einsicht gelangen und das Prinzip der allgemeinen Zollpflichtigkeit zurückweisen werde. Er beneide den großen Staatsmann um den Ruhm, Deutschland einig und groß gemacht zu haben, aber um das Blatt, worauf einst die „allgemeine Zollpflichtigkeit“ stehen wird, beneide er ihn nicht. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff freut sich, aus den Ansichten des Vorredners den Schluß ziehen zu dürfen, daß mit ihm und seinen Freunden eine Verständigung auf dem Zollgebiete möglich werden wird. Was den Handelsvertrag mit Oesterreich anlange, so möchte er persönlich Oesterreich recht gern alle Vortheile zuwenden, soweit dies nur irgend möglich, denn auf Oesterreich sind wir mehr als auf andere Staaten im wirthschaftlichen Verkehr angewiesen. Der Aufschwung, den unsere Industrie in der Zeit der Handelsverträge genommen, sei keine Folge dieser Verträge. In Frankreich sei die Verkehrsentwickelung in jenem Zeitraum eine noch größere gewesen. Die Statistik sei bei uns nicht zuverlässig, namentlich leide die Statistik über die Getreideausfuhr an großen Mängeln. In jenen Ziffern stecke auch das Getreide für die Spiritusfabrikation und sonstige Getränke. Nach alledem habe er zu dem preußischen statistischen Bureau kein Vertrauen. Uebrigens sei eine größere Ausdehnung des Exports noch kein Gewinn für die Rentabilität unserer Industrie. In Deutschland habe thatsächlich ein wirthschaftlicher Rückgang stattgefunden, zu dem gerade in Deutschland nach dem glorreichen Kriege, nach dem Milliardensegen weniger Veranlassung vorhanden gewesen, als in irgend einem anderen Lande. Frankreich sei durch diese Krisis am allerwenigsten berührt worden. Er und seine Freunde seien davon überzeugt, daß der wirthschaftliche Nothstand, in dem sich Deutschland befindet, allerdings zum Theil durch unsere Handelspolitik hervorgerufen worden. Sie glauben beweisen zu können, daß eine große Masse der Arbeitslosigkeit unserer Industrie durch unsere Zollpolitik veranlaßt worden sei. Deshalb werde eine Aenderung in unserer Zollpolitik eintreten müssen. Die deutsche Industrie sei eine viel jüngere als die anderer Länder, unsere Kommunikationsmittel ständen denen unserer Nachbarstaaten bedeutend nach, die Wasserstraßen seien in hohem Grade mangelhaft. England sei in der Lage, unsere Industrie im Keime zu ersticken. Dieser Gefahr gegenüber sei eine Umkehr auf wirthschaftlichem Gebiete unbedingt nothwendig. Dem Reichskanzler allein könne man nicht Wandlung vorwerfen, es treffe dieser Vorwurf Herrn Delbrück ebenso. Redner behauptet, daß letzterer im Jahre 1862 ein schutzzöllnerisches Programm gehabt. Er wendet sich sodann in längeren Ausführungen gegen den Abg. Bamberger und betont, daß wenn die Regierung die Arbeiten der Enquete-Kommissionen nicht veröffentliche, so geschehe das, um die Spekulationen zu verhindern. Auf die Getreidezölle eingehend, ist Redner der Ansicht, daß nur der Getreidespekulant durch den Zoll geschädigt werden könnte, beziehungsweise der Importeur. Der Landmann werde durch den Getreidezoll wesentliche Vortheile ziehen. Redner verlangt Oesterreich und Rußland gegenüber sogenannte Kampfzölle, um von diesen günstige Zollbedingungen zu erwirken. Er bestreitet, daß ein solcher Kampfzoll unwirksam sei. Sollte die Regierung dazu kommen, einen niedrigen Getreidezoll einzuführen, so wünsche er, daß man diesen Rußland gegenüber verdoppele oder verdreifache, es werde sich ein solcher schon wirksam zeigen. — Man müsse doch endlich einmal den Versuch machen, der allgemeinen Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Wir müssen den Versuch machen, dem deutschen Arbeitsmarkt wieder Nachfrage zu verschaffen und zu diesem ganzen System gehöre auch ein mäßiger Getreidezoll. Redner schließt damit, daß das deutsche Volk eine Aenderung in unserem Zollsystem wünscht und dies auch bei den letzten Wahlen zu Ungunsten namentlich der Fortschrittspartei bekundet hat.

Abg. Delbrück: Wenn ich zum zweiten Male in der allgemeinen Diskussion das Wort nehme und dabei über den Rahmen dessen, was ich in meinem ersten Vortrage ausgeführt, hinausgehe, so geschieht dies ohne meine Veranlassung und ohne meinen Wunsch, da die Diskussion Dimensionen angenommen, welche es mir nothwendig machen, das Wort zu ergreifen. Zweierlei schicke ich als persönliche Bemerkung voraus: Ich werde mich nie bedenken, meine Ansichten aufzugeben und neue Wege zu gehen, wenn es das Interesse des Landes erfordert, ich kann das, weil ich mehr Praktiker als Theoretiker bin. Zweitens: Wenn mir die sehr schwere Pflicht nicht erspart bleiben sollte, den Weg des Herrn Reichskanzlers auf wirthschaftlichem Gebiet verlassen zu müssen, so thue ich es mit schwerem Herzen, aber es soll in keiner Weise der Verehrung Abbruch thun, die ich vor dem Schöpfer unserer nationalen Einheit stets gehegt habe und stets hegen werde. Zur Sache selbst! Dem Herrn Vorredner muß ich entgegnen, daß auch vor der Gründung des Zollvereins schon Preußen eine besondere Zollpolitik haben konnte und thatsächlich gehabt hat, die preußischen Tarife von 1818 und 1821 waren eine eminent handelspolitische That zu einer Zeit, wo die Tarife der meisten Großstaaten von Verboten oder den fast gleichbedeutenden Zöllen wimmelten. Der damals erscheinende preußische Tarif stand seiner Zeit vereinzelt da. Er ließ alle Gegenstände einführen bis auf einige wenige monopolisirte. Die Eingangsabgaben bemaß er so, daß ein loyaler Handel möglich war. Mit gewissen Modifikationen ging dieser Tarif auf den Zollverein über. In den 40er Jahren trat dann die vom Abgeordneten für Oels (von Kardorff) hervorgehobene Reaktion auf, die bis dahin zollfreien Materialien Roheisen, Maschinengarn, Leinen- und Wollenwaaren wurden besteuert. Mit dem Anfang der 50er Jahre begann dann eine neue sehr interessante Phase. Es war im alten Tarife fast jede eingehende Waare als zollpflichtig bezeichnet, insbesondere auch Rohstoffe und Materialien für die Fabrikation. Das lag ja auch finanziell nahe, es brachte große Einnahmen, ohne daß man es eigentlich merkte. Mitte der 50er Jahre merkte man es nun zuerst in England, daß dies System ein schädliches ist und daß es durch Vertheuerung der aus eingeführten und versteuerten Materialien hergestellten Gegenstände der inländischen Industrie den ausländischen Markt verschließt. Man entlastete deshalb die englische Industrie und auch der Zollverein kam zur gleichen Politik, weil wir eben ohne eine exportfähige Industrie nicht leben können. (Sehr wahr!) Diese Erkenntniß und die daran sich anknüpfenden Erwägungen bewogen den Zollverein, nicht mit einem Male freilich, aber allmälig dem englischen Beispiele zu folgen. Man setzte den früheren Getreidezoll auf eine Kontrollabgabe herab, es wurde auch die Durchgangsabgabe aufgehoben, indem man sich von deren Undurchführbarkeit überzeugt. Sie war das Allerkomplizirteste in dem ganzen Organismus des Zollwesens und thatsächlich nur etwa mit den Differentialtarifen der Eisenbahnen zu vergleichen. Wie komplizirt diese Durchgangsabgabe war, beweist schon der Umstand, daß für die baierischen Routen allein ungefähr sechs Ausnahmetarife existirten. Die Aufhebung dieser Abgabe war eine That, die Abgabe war unmöglich geworden und erlosch somit. Für die öffentliche Meinung war das Alles von sehr geringem Effekte, es geschah allmälig und nicht mit einem Schlage. Der Tarif von 1865 brachte also nur ein schon seit 1851 mit Bewußtsein befolgtes System zum Abschlusse, er schlug aber keine wesentlich neuen Bahnen ein. Bei dem Vertrage mit Frankreich waren politische Gesichtspunkte gar nicht maßgebend, sondern nur zwei andere, nämlich einmal der deutschen Industrie in Frankreich Begünstigungen zu verschaffen, wie sie die englische schon besaß und dann die bei Preußen befestigte Ueberzeugung von der Revisionsbedürftigkeit des Zolltarifs. Es wurde mit Rücksicht auf letzteres eine Immediatkommission berufen, zu der auch ich gehörte, aber schon 1856 — also gar nicht im Zusammenhange mit dem französischen Handelsvertrage. Als wir mit Frankreich in eine Unterhandlung eintraten, war das kein politischer Akt. Politisch war die Lage erst etwa zwei Monate vor dem definitiven Abschlusse des Vertrages; damals eröffnete Oesterreich einen ganz regelrechten Zollkrieg gegen uns, und hier trat der Herr Reichskanzler politisch in die Aktion. Ich sage das, um zu konstatiren, daß zwischen meinen Angaben und denen des Herrn Reichskanzlers kein Widerspruch vorhanden ist. In Bezug auf den neuen Tarif von 1865 und die sich anschließenden Handelsverträge ist nun aber der Vorwurf erhoben, daher datire der wirthschaftliche Nothstand. Ich muß mich deshalb etwas beschäftigen mit dem Resultate jener wirthschaftlichen Operationen. Es ist ziffernmäßig erwiesen, daß ein Zollausfall von 15—16 Millionen erfolgt ist, aber wie steht es dem gegenüber mit den Einnahmen? Diese sind gestiegen in sehr bedeutender Weise, und es ist wirklich das Ziel einer jeden Finanzpolitik glänzend erreicht, mit möglichst geringen Mitteln möglichst große Einnahmen zu schaffen. Wenn Herr Abg. von Kardorff sich mit Mißtrauen ausgesprochen hat gegen die Zahlen der offiziellen Statistik, so muß ich diese ihm gegenüber doch in Schutz nehmen. Früher glaubte man an die statistischen Zahlen wie an ein Evangelium, heute hält man wieder umgekehrt gar nichts davon, aber die statistische Methode hat doch nur zum Theil auf meine Anregung wesentliche Verbesserungen erfahren. Ich kann die folgenden Zahlen als richtig bezeichnen und wähle Beispiele aus der Textilindustrie. Es kam in der ersten Periode vor der Tarifrevision auf je 100 Kopf 304 Pfund Einfuhr an Baumwollstoffen pro Jahr. Nach der Zollrevision stieg die Einfuhr auf 605 Pfd., beim Flachs von 51 auf 232 Pfd., bei der Seide von 6½ auf 16½ und beim Wein gar von 63 auf 319 Pfd. in der zweiten Periode. Ich kann diesem Zuwachs gegenüber es nicht gelten lassen, daß die wirthschaftliche Nothlage verschuldet sein soll durch diese wirthschaftliche Gesetzgebung. Denn überall, auch da, wo andere Systeme befolgt sind, zeigen sich dieselben Symptome des Nothstandes, so zum Beispiel in dem streng protektionistischen Amerika wie im freihändlerischen England. Ich muß also doch annehmen, daß der Nothstand auf ganz anderen Ursachen beruht, als auf dem System unserer handelspolitischen Gesetzgebung.

Abg. Stumm betont, daß die Freihändler sich mit Unrecht so nennen, da sie die Einfuhr trotz der nicht freien Ausfuhr wollen; ebenso wenig aber wurden die Schutzzöllner richtig mit diesem Namen benannt. Was sie verlangten, sei lediglich Reciprocität. Demnächst rechtfertigt er das Verhalten der Eisenenquetekommission, deren Mitglied er bekanntlich gewesen, und die er gegen die im Abgeordnetenhause ausgesprochenen Verdächtigungen vertheidigt. Sachliche Angriffe gegen die Kommission seien von keiner Seite erhoben; es handelt sich nur um persönliche Angriffe. Zunächst wurde gegen den Vorsitzenden geltend gemacht, daß er den Vorsitz übernommen hatte, trotzdem er in einer vertraulichen Mittheilung kurz vorher sich als Anhänger der Eisenzölle bekannt hatte, wenn er auch von ihnen nicht viel praktischen Nutzen erhoffte. Aber wer sei denn vollständig losgelöst von jeder politischen und wirthschaftlichen Meinung? Berufe man denn nur solche Leute, die gar kein Urtheil haben, auf solche Stellen? Das einzige, was verlangt werden kann, sei die unbefangene Leitung der Geschäfte, und von diesem Gesichtspunkte aus weist Redner den Vorwurf der Parteilichkeit zurück. Was die Zusammensetzung der Kommission betrifft, so waren nur zwei Mitglieder darin, die man als Schutzzöllner bezeichnen kann: Herr v. Schlör und der Redner; zwei waren Freihändler: Herr Meyer und Geh. Rath Huber. Der Geschäftsführer Dr. Wedding, welcher allerdings kein direktes Stimmrecht hatte, war dem radikalsten Freihandel ergeben und habe auf die Berathungen den erheblichsten Einfluß geübt. Die Beschlüsse seien einstimmig gefaßt, nur in einem Falle ist Majorisirung eingetreten, nämlich bei der Frage, wie der Bericht an den Bundesrath abgefaßt werden sollte. (Vicepräsident Freiherr Schenk von Stauffenberg unterbricht den Redner, weil er sich zu weit von der Sache entfernt; letzterer fährt darauf fort:) Da man der Kommission sachlich nicht zu Leibe gehen konnte, hat man sie persönlich verdächtigt; alle Angriffe gegen sie lassen sich in derselben Art zurückweisen, wie ich es an einigen so eben gezeigt habe. (Beifall.)

Abg. v. Helldorf erklärt, daß seine Partei, wenn dem Hause die betreffenden Zollvorlagen zugegangen sein werden, ihre Stellung zur Zoll- und Handelspolitik klarlegen werde; es handle sich für jetzt darum, die unfruchtbare Debatte nicht ins Unendliche zu verlängern.

Die erste Berathung wird hierauf geschlossen und nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Richter (Hagen) und Stumm sofort in die zweite Berathung eingetreten.

Bei Art. II., der die Meistbegünstigungsklausel enthält, versucht

Abg. Richter (Hagen) nachzuweisen, daß solche Klausel ohne Tarifvertrag nur geringen Nutzen verspricht. Ohne daß irgendwie mit uns verhandelt worden wäre, tritt in unseren Beziehungen zu Frankreich eine völlige Veränderung ein durch den Ablauf des österreichisch-französischen Handelsvertrages. Die erhöhten französischen Zölle versetzen gerade der Eisen-Industrie speziell in meinem Wahlkreis einen Schlag in demselben Augenblicke, wo alles ihr zu helfen im Begriff steht — also eine direkte Folge der neuen Handelspolitik.

Abg. Dr. Hammacher: Daß wir mit Frankreich im Verhältnisse der Meistbegünstigung ohne Tarifvertrag stehen, ist das Verdienst oder Nichtverdienst des § 11 des Frankfurter Friedens; die gegenwärtige Reichsregierung trifft also dafür keine Schuld. Allerdings ist nunmehr unser Verhältniß zu Frankreich ein keineswegs befriedigendes.

Bundesbevollmächtigter Staatssekretär v. Bülow ist nicht in der Lage, eine bestimmte Auskunft über die Frage geben zu können, ob man mit Frankreich eine anderweitige Regelung der Handels-Verhältnisse anbahnen werde, hält es aber nach der durch den Abschluß mit Oesterreich von selbst geänderten Sachlage für sehr unwahrscheinlich.

Abg. Richter (Hagen) bedauert, daß demnach noch immer keine Aussicht auf die Rückkehr der Stabilität in unsere Industrieverhältnisse vorhanden sei; Niemand wage es jetzt, irgend ein Geschäft in Deutschland zu machen; noch nie habe nach Bestehen der deutschen Bank mehr baares Geld in ihrem Tresor gelegen als Noten umlaufen.

Abg. Udo Graf zu Stolberg hält dafür, daß von unserer Seite gegen diese Abmachung zwischen Oesterreich und Frankreich nichts zu machen sei.

Art. II. wird genehmigt.

Nach Art. III. sollen Exportprämien nicht gezahlt werden.

Abg. v. Kardorff führt hierbei an, daß, wie eine Petition Breslauer Interessenten behaupte, in Oesterreich seit dem Inkrafttreten des Vertrages Exportprämie auf Sprit auf 5 Gulden erhöht worden ist. Von dem Moment hat unser Sprit-Ex-

port nach Italien vollständig aufgehört. — Solcher Vertragsverletzung müsse man mit energischen Repressivmaßregeln entgegentreten, wozu das Zollcartell genügende Handhaben biete.

Bundeskommissar Geh. Rath Huber hebt dem entgegen hervor, daß nach den Ausgleichsgesetzen in Oesterreich-Ungarn schon bezüglich der Export-Bonifikationen für uns eine gewisse Besserung eingetreten sei. Wenn aber von Oesterreich unsere vertragsmäßigen Rechte verletzt würden, so werde die deutsche Reichsregierung ihre Pflicht thun.

Abg. Richter-Hagen schlägt vor, unsererseits die hohen Exportprämien auf Zucker zu beseitigen.

Abg. v. Kardorff hält das nicht für zweckentsprechend.

Kap. III. wird genehmigt.

Die prinzipiellen Hauptfragen sind nach der erschöpfenden Generaldebatte erörtert; die weitere Debatte erstreckt sich zumeist auf spezifisch-technische Fragen; es betheiligten sich daran die Abg. Dr. Bamberger, Richter (Hagen), Dr. Hammacher, Udo Graf zu Stolberg (Rastenburg), Stumm, v. Kardorff, Freiherr Schenk von Stauffenberg, Fürst von Hatzfeldt, sowie vom Bundesrathstische der Präsident des Reichskanzleramts und der Geh. Finanzrath Huber.

Bei Kapitel 17, welches die Beschlagnahme von Eisenbahnwaggons als Faustpfand verbietet, erklärt.

Reichskanzleramts-Präs. Staatsminister Hofmann, daß bei einer etwaigen Erneuerung des Vertrages Deutschland die Aufnahme einer solchen Bestimmung in derselben Tragweite jedenfalls nicht wieder zulassen würde.

Der Handelsvertrag wird in allen seinen Kapiteln und ebenso das Zollcartell genehmigt.

Schluß 5 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Lesung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages; Verkehr mit Nahrungsmitteln und Weltpostvertrag.

Deutschland.

** **Berlin**, 22. Februar. Sehr merkwürdig ist ein Artikel der „Frankf. Ztg.“ vom 20. Februar, worin sie unter Abdruck eines ihrer Artikel vom 2. Dezember 1875 nachweist, daß es immer ihre Meinung gewesen, sozialistische Abgeordnete könnten auf Grund des Sozialistengesetzes auch zur Zeit des Reichstags aus Berlin ausgewiesen werden. Das Blatt hat in der That das jetzige Vorgehen des Staatsanwalts bereits im Dezember juristisch gerechtfertigt und entzieht sich auch heute nicht dem Zugeständniß, die Ungehaltenheit über den an den Reichstag gerichteten Genehmigungsantrag ungerechtfertigt zu finden. Nur ignorirt sie bei ihrer Tendenz den Umstand, daß Niemand daran gedacht hat, dem Reichstag sein Genehmigungsrecht zu bestreiten oder zu schmälern.

Nach der im Kaiserlich Statistischen Amt aufgestellten Uebersicht über die von den Rübenzuckerfabrikanten des deutschen Zollgebiets versteuerten Rübenmengen, sowie über die Einfuhr und Ausfuhr von Zucker im Dezember v. J. waren im Betrieb 322 Fabriken, davon 246 in Preußen (139 Provinz Sachsen). Diese Fabriken versteuerten circa 19,425,290 Ctr. Rüben (Preußen 14,841,373 Ctr.) Die sämmtlichen Fabriken führten nach dem Zollverbande aus 48,103 Ctr. (Pr 46,891 Ctr.) raffinirten Zucker, 171,836 Ctr. (Pr. 170,406) Rohzucker, 52,943 Ctr. Melasse (Pr. 41,513 Ctr.) Gegenüber dieser Ausfuhr fand eine Einfuhr statt von 5762 Ctr. raffinirtem Zucker, 1874 Ctr. Rohzucker und 15,382 Ctr. Melasse.

Die deutsche Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen, vor 3 Jahren gegründet, umschließt außer dem preußischen Staat bereits 11 andere deutsche Staaten und erstreckt sich bis England und Oesterreich. Die Zahl der Mitglieder betrug beim Abschluß des Jahresberichts 815, von denen 605 auf Preußen (175 auf die Provinz Brandenburg) kamen. Die Höhe der versicherten Gesammtpensionen betrug 254,350 M., die Höhe der Pensionen für die einzelnen Mitglieder schwankt zwischen 100 und 1500 M.; letzteren Satz hat nur 1 Mitglied in Anspruch genommen. Das Vereinsvermögen beträgt 399,600 M. Davon kommen auf den Fonds zur Ermäßigung der Prämien 97,000 M. Die ersten Pensionen gelangen zur Auszahlung am 1. Oktober 1880.

Ausland.

Paris, 22. Februar. Alle Polizei-Agenten, welche vor dem Untersuchungsausschuß für die Polizeipräfektur gegen dieselbe aussagten, sowie die, welche man in Verdacht hatte, der „Lanterne“ Enthüllungen gemacht zu haben, wurden gestern abgesetzt. Die dadurch in Versailles hervorgerufene Erregung ist sehr groß und es gilt bereits für ausgemacht, daß die Regierung wegen dieser Angelegenheit interpellirt wird. Die Stellung des Polizeipräfekten Gigot selbst ist sehr gefährdet; derselbe kam gestern bei dem Minister Marcere um seine Entlassung ein, sie wurde aber nicht sofort angenommen, da Marcere sich erst mit dem Ministerrath benehmen muß. Falls Gigot zurücktritt, wird er wahrscheinlich Mitglied des Staatsrathes werden. Marcere ist übrigens selbst in seiner Stellung so bedroht, daß er seinen Empfang vom nächsten Dienstag absagen ließ. Für die abgesetzten Polizei-Agenten hat die „Lanterne“ eine Subskription eröffnet und sich selbst mit 200 Francs an derselben betheiligt. Die Polizei zeigt seit einigen Tagen große Thätigkeit und man hört nichts mehr von nächtlichen Raubanfällen. Eine Bande von 45 Strolchen, die der Mordthaten und Raubanfälle der letzten Wochen verdächtig sind, wurde in der Nacht vom letzten Donnerstag auf Freitag festgenommen und nach der Polizeipräfektur gebracht.

Die Frage betreffs der Verfolgung der Minister vom 16. Mai ist noch nicht geregelt. Nach der vorgestrigen Rede des Justizministers, für welche derselbe vom Präsidenten Grevy beglückwünscht wurde, ist alle Aussicht vorhanden, daß man, wie es die Minister wünschen, sich darauf beschränkt, das Ministerium von Broglie und das von Rochebouet in einer Tagesordnung zu brandmarken.

General Leflo, der bisherige französische Botschafter in Petersburg, wird nicht zum Großkanzler der Ehrenlegion ernannt werden, denn die republikanischen Deputirten haben Einspruch erhoben, weil derselbe in einem von ihm unterzeichneten Schreiben nicht allein die Mac Mahon'sche Auflösung der Deputirtenkammer guthieß, sondern auch die Wähler des Finistère aufforderte, für die Kandidaten Fourtou's zu stimmen. Dieser Vorfall ist um so merkwürdiger, als Leflo, der vom Kaiserreich aus den Armeelisten gestrichen wurde, von der Republik nicht allein seine Generalstelle zurückerhielt, sondern ihm auch nachträglich die Generalsbesoldung, die er während 19 Jahren nicht erhalten hatte, ausgezahlt wurde.

Provinzielles.

Stettin, 23. Februar. Die Prüfungs-Kommission der Provinz Pommern für die wissenschaftliche Staatsprüfung der Kandidaten des geistlichen Amtes für das Jahr 1. April 1879—80 besteht aus den Herren: Dr. Wehrmann, Geheimer Regierungs- und Provinzial-Schulrath, zugleich Vorsitzender der Kommission; Krummacher, Konsistorialrath; Dr. Lemcke, Professor und Gymnasial-Oberlehrer.

— Der Referendar Dr. Linhoff ist zum Assessor im Appellationsgerichts-Bezirk Cöslin ernannt.

— Der Verwaltungsrath der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft, welcher sich in der Frage der Vereinigung wegen des Amortisations-Kourses schlüssig machen soll, ist auf morgen zu einer Sitzung einberufen. — Die Berliner Mitglieder des Verwaltungsrathes scheinen übrigens, so schreibt der „B. B.-C.“, fast durchweg gegen die Einstellung eines Kündigungskourses von 110 pCt. eingenommen zu sein. In diesem Punkte dürfte der Regierung kaum nachgegeben werden.

— Der bisherige Hülfsprediger und Rektor Hedtke zu Zachan ist zum Pastor in Wutzig, Synode Tempelburg, ernannt und in dieses Amt eingeführt worden.

— Dem Kaufmann Elsner wurden in der Zeit vom 15.—18. d. Mts. aus verschlossenem Keller mittelst Einbruchs 30 Flaschen guter Wein gestohlen. Die Diebe bogen die Eisenstäbe vor dem Fenster auseinander, riegelten das Fenster auf und gelangten so in den Keller. — In der Nacht vom 22. zum 23. d. Mts. wurde ein Hühnerstall auf dem Grundstücke Turnerstraße 4 erbrochen und 6 Hühner gestohlen.

— Der hiesige „Zweig-Verein des Bundes der Tischler und verwandter Berufsgenossen“ ist auf Grund des § 8 des Gesetzes zur Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungsrechts vom 11. März 1850 nunmehr definitiv geschlossen.

— In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag brach auf dem Gehöft des Eigenthümers Aug. Grunau in Sydowsaue Feuer aus, durch welches sämmtliche Gebäude in Asche gelegt wurden und die Bewohner nur das nackte Leben retteten. Die Mutter des Grunau wurde nur dadurch von dem Flammentode gerettet, daß eine Wand des Gebäudes eingeschlagen wurde und die Betäubte durch die Oeffnung gezogen wurde.

Stargard, 22. Februar. In Saarow sind der Bauer Goldemeister, seine Frau, sein Bruder und das Dienstmädchen nach dem Genuß roher Wurstfüllung an der Trichinose erkrankt. Ebenso erkrankte in Seefeld die Frau eines Verwandten der Familie, der von letzterer Würste zum Geschenk übersandt worden waren und die von einer derselben, die zufällig aufgeplatzt war, ein kleines Bischen der noch rohen Füllung gekostet hatte.

Stadt-Theater.

Concert Camille Saint-Saëns.

Im Gegensatz zu Frankreich, wir wollen lieber gleich sagen Paris, das als Metropole, im Einverständniß des ganzen Reichs, so anmaßend ist, das Recht für sich in Anspruch zu nehmen, eine Berühmtheit nur erst durch ihre Pariser Anerkennung zu schaffen, woher es jeden fremden Künstler mit argem Mißtrauen empfängt, herrscht bei uns in Deutschland noch immer jene Neigung, ja Bewunderung für das Fremde, die in verstärktem Grade eine Passion, ja eine Eigenschaft des Deutschen war und ihn in den Augen des Ausländers bis vor kurzer Zeit verächtlich erscheinen ließ. Mußte in Frankreich der unbekannte Gast, mochte er daheim in seinem Vaterland sich einer noch so großen Berühmtheit erfreuen, sich erst einen Erfolg und einen Ruf erobern, so konnte umgekehrt in Deutschland der Fremde, besonders der Pariser, von vornherein auf ein dankbares, mitunter schon enthusiasmirtes Publikum rechnen, denn was aus Paris kam, konnte gar nicht schlecht sein! Die Zeiten haben sich Gott Lob geändert, der Deutsche ist sich seines Werthes bewußter geworden und hat dadurch auch im Auslande eine geachtetere Stellung eingenommen. In den musikalischen Kreisen der Pariser Welt hat seit der Wirksamkeit Cherubinis am dortigen Konservatorium die deutsche Instrumentalmusik sich einer gewissen Beliebtheit und einer sorgsamen Pflege zu erfreuen. Einer der eifrigsten Förderer und bedeutendsten, verständnißreichsten Vertreter der deutschen Musik in Frankreich ist nun Camille Saint-Saëns, berühmt als Klavier- und Orgelvirtuos und hochgeschätzt als Komponist. Von seinen Werken sind in weiteren Kreisen besonders sein „Danse macabre“ (Todtentanz) bekannt geworden, der, im Verein mit seiner 1877 an der Weimarer Hofbühne in Scene gesetzten Oper: „Simson und Delila“ seinen Ruhm in Deutschland begründete. Vielleicht noch bedeutender ist Saint-Saëns als Virtuos. Unter den Klavierspielern, die in letzter Zeit hier ihre Sporen zu erwerben versuchten, nimmt er gewiß den ersten Platz ein. Er vereinigt in seinem Spiel alle großen Vorzüge eines Virtuosen. Seine Technik ist eminent und gipfelt in einem äußerst klaren Passagenspiel, einem vollendeten Triller und sauberer aber bestimmter Zeichnung. Er hat Ruhe, Sicherheit und einen tadellosen Anschlag. Sein Ton ist groß, wo er es sein soll und im Piano von feiner Schattirung. Daß ein so vollendeter Künstler schon nach der ersten Piece: 4. Concert für Klavier und Orchester von Saint-Saëns, bei deren Vortrag sich auch unser Theater-Orchester unter der Leitung seines vorzüglichen Dirigenten Herrn Kriebel auf das Beste auszeichnete, das leider äußerst spärliche aber höchst verständnißfeine Auditorium für sich gewonnen hatte, wird bei so prägnanten Vorzügen begreiflich sein. Jedes fernere Auftreten des begabten Komponisten und ausgezeichneten Künstlers wurde mit Akklamation begrüßt, die nach Schluß eines jeden Vortrages zu mehrmaligem Hervorruf anwuchs. Von besonderem Interesse waren die Vorträge der Nr. 3a, „Transcription“ nach Joh. Seb. Bach und Nr. 7, „Danse macabre“, beide vom Konzertgeber. Auch sie trugen dem Gaste und Künstler stürmischen Beifall ein.

Um den Abend vielseitiger zu gestalten, bildeten der reizende Winterfeld'sche Einakter „Wenn Frauen weinen“ und einige Gesangsvorträge des Fräul. Rahé und des Herrn Ruffeni angenehme Abwechselung. Fräulein Rahé sang mit bekannten Vorzügen die Lieder: „Weißt Du noch“, von Jensen, „Es blinkt der Thau“, von Rubinstein, und „Meine Ruh' ist hin“, von Schubert. Das letzte wurde besonders freundlich aufgenommen. Herr Ruffeni erfreute durch den seelischen Vortrag des Lassen'schen Liedes „Der gefangene Admiral“ und des Reinecke'schen Liedes „Der alte Dessauer“. Herr Musikdirektor Porst hatte das Accompagnement dazu übernommen und entledigte sich seiner Aufgabe durchaus zufriedenstellend.

—s—

Vermischtes.

— (Der Löwe des Tages in England.) Man schreibt aus London, 18. Februar: Wer etwa glauben sollte, daß Gladstone oder Beaconsfield die berühmtesten Männer in England seien, der würde sich gewaltig täuschen. Der Löwe des Tages, der populärste Mann Großbritanniens, ist Charles Peace, der berühmte Einbrecher und Mörder, der baldigst seine Laufbahn am Galgen beschließen wird. So groß ist das Interesse, das an diesem elenden Verbrecher genommen wird, daß sich eine eigene Peace-Literatur herausgebildet hat, denn abgesehen davon, daß er in den Zeitungen einen viel größeren Raum wegnimmt, als jemals einem Staatsmanne eingeräumt worden ist, werden eine Menge Broschüren über ihn gedruckt und gehen in Hunderttausenden von Exemplaren reißend ab. Seine Briefe, deren er in den letzten Tagen seines Lebens unzählige schreibt, werden mit religiöser Andacht von jedem Bürger alltäglich gelesen, und er hat das ganz besonders gute Glück, daß ihm seine Geliebte (eine Dame, die er sich rühmt, vom Trinken und „anderen schmutzigen Gemeinheiten“ bekehrt zu haben) bis über den Tod hinaus getreu bleibt und erklärt, den kleinen Fetzen Papier, der ihr von seinem letzten Briefe noch übrig bleibt, stets als eine theure Reliquie zu bewahren. So groß ist der Glaube an die Schlauheit und Energie dieses Menschen, daß jetzt, da ihn nur wenige Tage vom Galgen trennen, da alle Gegenstände, mit denen er sich ein Leid zufügen könnte, sorgfältig von ihm fern gehalten und sogar der Fußboden und die Mauern seiner Zelle mit Teppichen bedeckt werden, damit er sich nicht etwa den Kopf daran einschlage und während ihn Männer bewachen, von denen abwechselnd stets drei mit ihm eingeschlossen sind und kein Auge von ihm wenden, doch noch gewettet wird, er werde sich noch vor der Hinrichtung selbst tödten, ja sogar, er werde noch einmal entwischen.

— (Eine tanzende Leiche.) Zu einer wohlthätigen Dame in Altrincham, in Cheshire, kam neulich ein ärmlich gekleidetes Weib und klagte ihr, daß sie im größten Elend sei und ihr Mann todt im Hause liege. Die Dame bemerkte, daß sie niemals Almosen gebe, bevor sie sich nicht selbst von der Wahrheit der Aussagen der bei ihr Hülfesuchenden überzeugt habe. Das Weib ersuchte die Dame, zu ihr zu kommen, um sich von der Glaubwürdigkeit zu überzeugen, was dieselbe zusagte. Sie fand denn auch die Aussagen des Weibes bestätigt; keine Spur von Mobilien, kein Feuer, in der That nur leere Wände und in einem der Zimmer die Leiche eines mit Lumpen spärlich bedeckten Mannes. Die Dame gab dem Weibe ein Almosen und ging fort, vergaß jedoch ihren Regenschirm. Nach einigen Minuten kehrte sie zurück, um denselben zu holen und sah dann mit Entsetzen die vorgebliche Leiche mit dem Weibe lustig in der Küche herumtanzen, augenscheinlich höchlichst erfreut, daß die Wohlthäterin so geschickt angeführt worden war.

Literarisches.

Italien. Eine Wanderung von den Alpen bis zum Aetna. In Schilderungen von Karl Stieler, Eduard Paulus, Woldemar Kaden, mit Bildern von verschiedenen Künstlern. Stuttgart. Verlag von J. Engelhorn.

Wir haben unsere geehrten Leser wiederholt auf dies ausgezeichnete Werk aufmerksam gemacht, welches uns, wie kein zweites, in das Zauberland Italien einführen kann. Das Werk hat denn auch allgemein Anerkennung und Bewunderung gefunden. Eine Auflage von siebentausend Exemplaren ist in kaum vier Jahren vergriffen. Ausgaben in französischer, englischer, italienischer, schwedischer und russischer Sprache haben dem Buche internationale Bedeutung verschafft, und ohne Ruhmredigkeit darf der Verleger es aussprechen, daß er mit Zuversicht zur Veranstaltung einer zweiten Auflage schreitet. Dieselbe verspricht eine beträchtliche Vermehrung der Illustrationen, der Hauptblätter in Tondruck mindestens um ein Dutzend, und Ersetzung der Blätter, „welche nicht ganz auf der Höhe der übrigen standen“, durch neue. Auf 36 Lieferungen berechnet, ist dieser Schatz — ein wahrer Hausschatz — auch weniger Bemittelten ohne drückende Opfer erreichbar. Jeder, dem es seine Mittel nicht erlauben, Italien zu bereisen und das Land aus eigener Anschauung kennen zu lernen, findet hier Gelegenheit, alle hervorragenden Gebäude und Kunstschätze Italiens in Bild und Schilderung kennen zu lernen.

Telegraphische Depeschen.

München, 22. Februar. Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen mit einer einzigen unerheblichen Abänderung in Bezug auf die Ermäßigung der Wanderlagersteuer, im Uebrigen in der Fassung des Abgeordnetenhauses einstimmig angenommen.

Wien, 22. Februar. Die „Polit. Corresp.“ meldet:

Nach einem Telegramm des österreichischen ärztlichen Delegirten, Dr. Bistadecki, aus Zarizin hat sich die internationale ärztliche Kommission in drei Gruppen getheilt; die eine begiebt sich nach Wetlianka, die zweite, welcher die österreichischen Aerzte angehören, besucht die Ortschaften des rechten Wolgaufers, während die dritte, aus den ungarischen Delegirten gebildete Gruppe, sich nach den Ortschaften des linken Wolgaufers begeben wird. Als Zusammenkunftsort für alle drei Gruppen ist Zarjanoffskaja bestimmt, woselbst die Aerzte eine zehntägige Observation bestehen werden.

Aus Bukarest: Die rumänischen Truppen haben Arabtabia vollständig geräumt, obschon von russischer Seite bisher keine Erklärung vorliegt, daß Rußland die Position nicht besetzen lassen werde. Man giebt sich hier der Hoffnung hin, daß die Russen bis zu der von den Mächten getroffenen Entscheidung Arabtabia als neutral betrachten würden.

Aus Konstantinopel: General Stolypin hat der internationalen Kommission in Philippopel mittheilen lassen, daß nach den ihm zugekommenen Informationen zahlreiche weitere Demonstrationen, wie die in Tchirpan vorgekommenen, in verschiedenen Orten Ostrumeliens zu gewärtigen seien; zugleich zeigte General Stolypin der Kommission die Repressivmaßnahmen an, die er getroffen habe.

Ueber die an Moukthar Pascha in Prevesa zu erlassenden neuen Instruktionen haben neuerdings wiederholt Berathungen auf der Pforte stattgefunden.

In Folge der Intervention des serbischen Vertreters Christics sind mehrere Serben, welche wegen Verdachts einer Verschwörung gegen die Sicherheit des türkischen Staates vor einigen Tagen verhaftet worden waren, in Freiheit gesetzt worden.

Pest, 22. Februar. Der „Pester Corresp.“ zufolge nimmt die Begebung der ungarischen Rente einen befriedigenden Fortgang. Die älteren Titres dürften mit dem Ablauf dieses Monats placirt sein, die Begebung der neuen dürfte zu Anfang des kommenden Monats beginnen. Die ungarische Finanzverwaltung sei entschlossen, die günstige Disposition des europäischen Geldmarktes zu benutzen, um den zu bedeckenden Geldbedarf durch fortgesetzte Rentenbegebung zu beschaffen.

Paris, 22. Februar. Der bekannte belgische Finanzmann Philippart, der sich wegen verschiedener Bank- und Eisenbahn-Angelegenheiten die gerichtliche Verfolgung zugezogen hatte ist heute von dem hiesigen Zuchtpolizeigerichte freigesprochen worden.

Versailles, 22. Februar. Bei der heutigen Wahl der Budget-Kommission haben alle Abtheilungen der Deputirtenkammer sich in einem der Konvertirung der Rente günstigen Sinne ausgesprochen und der Regierung anheimgestellt, den dafür geeigneten Zeitpunkt zu wählen.

Im Senate wurde der Amnestie-Gesetzentwurf vorgelegt und zu demselben die Dringlichkeit beschlossen.

Rom, 22. Februar. Der Papst empfing heute eine aus etwa tausend Personen bestehende verschiedenen Nationalitäten angehörige Deputation von Vertretern der katholischen Presse, bei welchen sich auch mehrere Bischöfe befanden und nahm von derselben Ergebenheits- und Glückwunsch-Adressen, sowie Albums und Peterspfennig-Gaben entgegen.

London, 22. Februar. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus der Kapstadt vom 4. d. M. verharren die englischen Truppen noch immer in der Defensive, doch haben die Zulus noch keine weiteren Angriffe gemacht. Die Kolonne Pearson's hat noch immer die verschanzten Positionen bei Ekowe inne. Der General Chelmsford mit dem Generalstabe sucht die Verbindung mit Pearson herzustellen.

Charkow, 22. Februar. Gestern Abend gegen 11 Uhr ist auf den von einem Balle heimkehrenden Gouverneur von Charkow, Fürsten Krapotkin, mit einem Revolver geschossen worden. Der Fürst ist sehr schwer verwundet, auf den Thäter wird gefahndet.